

# A *llgemeiner* St *udenten-* A *usschuss*

Herausgegeben von der Studentenschaft  
der TH Darmstadt

**Zeitung**

Wahlstatistik

Nr. 2

2.2.87

StuPa-Wahl

Jan. 87

Initiative gegen  
Volkszählung

Was wollen Chinas Studenten?

Schliessung des Metereologieinstituts

Wohnen ABC

## Musik

MO. 2.2

Goldene Krone: Blaukraut  
(Rock m. Bläsern)

DI. 3.2

Goldene Krone: Blaukraut

MI. 4.2

Goldene Krone: The Hungry Cascades  
(Psycho-Pop)

DO. 5.2

Jagdhofkeller: Mainstreet Funktions  
(Funk and Soul)

FR. 6.2

Goldene Krone: Bodo Jaworek Group

SA. 7.2

Goldene Krone: Gute Laune, Rock

MO. 9.2

Goldene Krone: The Heavy Duty Bluesband  
(auch Di. u. Mi.)

DO. 12.2

Jagdhofkeller: Jazz-Bühne: Rainer Pusch Qu.

FR. 13.2

Jagdhofkeller: M. Schoof, P. Brötzmann,  
J. Oliver, W. Kellers (Jazz)

Goldene Krone: Hanse Schoirer Band (R'n'R)

SA. 14.2

Jagdhofkeller: Jazz-Bühne:  
P. Glessing Swing Orch.

Goldene Krone: Savanna Talk

## Theater

DO. 5.2

Kleines Haus: Der gute Mensch von Sezuan  
(Bert Brecht)

SA. 7.2

Halb Neun Th: Rudolf Klaffenböck:  
(Bayern-Express, Realsatire)

Werkstattbühne: Ella, Herbert Achternbusch

MI. 11.2

Jagdhofkeller: Theaterwerkstatt Frankfurt:  
Auf hoher See, Sl. Mrozek

DO 12.2 - SO. 15.2

Halb Neun Th: Berliner Kabarett Woche

SO. 15.2

Werkstattbühne: Synthesizers/Symetrie  
(Balettabend)

## INHALT

Veranstaltungen Seite 2

Was wollen Chinas Studenten?  
Seite 3

StuPa-Wahlstatistik  
Seite 4

Initiative gegen Volkszählung  
Seite 6

Wohnen ABC "Eigenbedarf"  
Seite 6

TH-Institut Meteorologie soll  
aufgelöst werden.

Seite 8

W I L  
A S O  
S N S  
↑ S

Impressum: Redaktion u.V.I.S.d.P.  
ASTA d.TH.D. Auflage 1250 Ex.  
Erscheinungsweise: alle 14  
Tage während des Semesters.  
Die ASTA Zeitung ist Mitgl. d.  
Jungen Presse Hessen. Namentlich  
nicht gekennzeichnete Artikel  
geben die Meinung der Red. wieder.

# Was wollen Chinas Studenten ?

Die Semesterprüfungen sind abgeschlossen, die Ferien des chinesischen Neujahrsfest haben begonnen. Der Campus ist ruhig. Nur die täglichen Hetzartikel der gleichgeschalteten Presse gegen die Demokraten erinnern noch an die Demonstrationen der Studenten. Verschwunden sind einige Köpfe der Demokratiebewegung: der Astrophysiker Fang Lizhi, der Philosoph Wang Ruowang, der Schriftsteller Liu Binyang. Verschwunden sind viele Studenten und vor allem Arbeiter. In Schauprozessen wurden sieben Arbeiter abgeurteilt. Anderen wurde der Lohn zu 25 und 50 % gekürzt; es gab fristlose Entlassungen.

Verschwunden ist aber auch der Hüter des Stalinismus, der Generalsekretär der KP, Hu Yaobang. Wenige Worte von Chinas starkem Mann Deng Xiaoping genügten, um Hu wegen "Krankheit" in den Ruhestand zu versetzen, eine Maßnahme, die der formellen Entmachtung vorausgeht. Hu war nach Meinung Dengs nicht stalinistisch genug. Die Maßnahmen gegen die Demokraten hätten abschreckender sein sollen, alles verlief unblutig.

Die Opposition kann sich nach der Intervention Dengs nun warm anziehen. Zu wach sind die Erinnerungen an die Jahre mit der "6": 1956, 1966, 1976. Im Jahr 1956 ließ Mao die Losung verbreiten: "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wetteifern!" Nachdem Tausende diese Meinungsfreiheit nutzten, Mißwirtschaft und Tyrannei Maos anprangerten und sogar die Rückkehr des im Bürgerkrieg unterlegenen Vorsitzenden der Guomin-Partei, Chians Kaishek, forderten, ließ Mao zuschlagen. Gleiches geschah 1966 in der Kulturrevolution. Als Deng Xiaoping 1976 an die Macht kam, wiederholte sich das Schauspiel. Zwischen 1946 und 1976 wurden in der VR China nach Schätzungen vor Forschungsanstalten und Menschenrechtsorganisationen 50 bis 120 Millionen umgebracht!

Deutsche Touristen, Journalisten und Politiker sehen im heutigen China einen zukunftssträchtigen Staat, den "Sozialismus mit menschlichem Antlitz". Das Leben der Chinesen ist nach ihrer Meinung freier und besser. Die Wirk-

lichkeit ist anders:

In China gibt es Armut, in den Zentralprovinzen sogar Hunger. Die Einkommensunterschiede sind riesig. Die Menschen leben in den Städten auf engstem Raum. Es gibt 40 Millionen Arbeitslose bei einem Bruttosozialprodukt, das dem der BRD entspricht. Jede Kleinigkeit wird von den Sicherheitsbehörden geregelt. Die Gefängnisse sind überfüllt. Es gibt Folter. Die Gerichtsverfahren sind unfair, Verteidigungsmöglichkeiten sind gering. Die Informations- und Meinungsfreiheit bewegt sich nur in den Grenzen der Parteilinie.

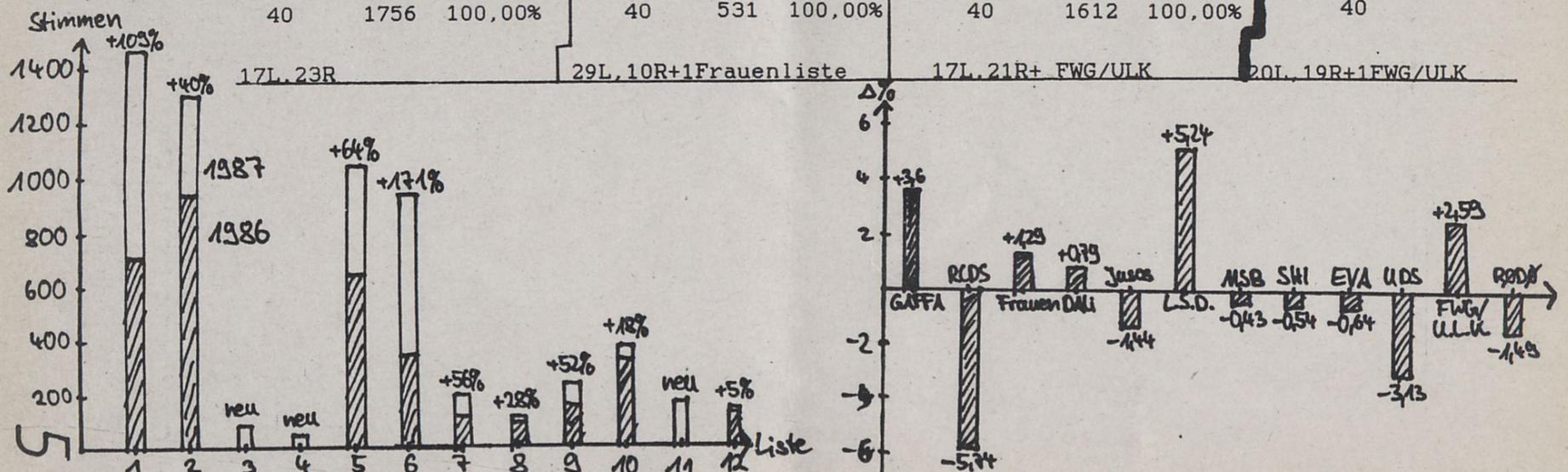
Alle diese Faktoren machen unzufrieden und stärken die Widerstände. Wer aber leistet Widerstand? - Das Militär? Nein! Es bildet die herrschende Schicht im Staat. - Die Bauern? Nein sie sind - abgesehen von Bettlern und Arbeitslosen - die unterste Schicht. Sie sind schlecht informiert und unorganisiert. - Die Arbeiter? Nur zum Teil und für einen hohen Preis, wie der Fall des Elektrikers Wei Jingsheng zeigt. - Die Studenten? Ja, zunehmend. Seit Ende 1985 häufen sich Studentendemonstrationen in China. Studenten nationaler Minderheiten demonstrieren gegen Atomwaffenversuche in ihrem Gebiet, Pädagogistudenten fordern eine bessere Versorgung und Ausbildung, andere Studenten wenden sich gegen Gängelung im Studium, gegen rüde Polizeimethoden. - Und plötzlich im Dezember 1986 heißt die Forderung: "Demokratie und Menschenrechte". Hunderttausende unterstützen diese Forderung. Bei einem neuen Ausbruch von Unruhen wird eine große Zahl der Demokraten den Einsatz für die Freiheit mit dem Leben bezahlen.

Der Freiheitsbewegung unsere Solidarität. Wir werden in diesem unserem Lande den Politikern auf die Finger sehen, die auf Kosten des chinesischen Volkes Geschäfte mit der Regierung in Peking machen. Wir werden den Demokraten, die nach Deutschland fliehen mußten (Studentenführer Bao Lihan, Schriftstellerin Yü Luojin, Botschaftsrat Tu Bingru), unsere Hilfe anbieten. Unsere Solidarität - das wollen die demokratischen Studenten Chinas.

# Wahlstatistik StuPa-Wahl Jan. 87

Wahljahr: 1987					1986			Veränderungen gegenüber 1986		FB 1-6,10,11		
Wahlbeteiligung: 44,67%					27,1%					46,5%		
Liste	Name	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent
6 5 -10.322 -0.198 4 4 1 -0.466 1 2 1 1	GAFFA	11	1467	24,20%	9	702	20,60%	2	3,60%	11	527	24,42%
	RCDS	9	1301	21,46%	11	930	27,20%	-2	-5,74%	8	404	18,72%
	Frauen	0	78	1,29%	0	0	0,00%	0	1,29%	0	32	1,48%
	DALi	0	48	0,79%	0	0	0,00%	0	0,79%	0	19	0,88%
	Jusos	8	1046	17,26%	8	637	18,70%	0	-1,44%	7	380	17,61%
	L.S.D.	7	924	15,24%	4	341	10,00%	3	5,24%	6	314	14,55%
	MSB	1	192	3,17%	1	123	3,60%	0	-0,43%	1	64	2,97%
	SHI	0	113	1,86%	1	88	2,60%	-1	-0,54%	1	76	3,52%
	EVA	1	234	3,86%	1	154	4,50%	0	-0,64%	2	109	5,05%
	UDS	2	374	6,17%	4	317	9,30%	-2	-3,13%	2	113	5,24%
	FWG/ULK	1	157	2,59%	0	0	0,00%	1	2,59%	1	57	2,64%
	RÖDÖ	0	128	2,11%	1	122	3,60%	-1	-1,49%	1	63	2,92%
	<b>Summe:</b>	<b>40</b>	<b>6062</b>	<b>100,00%</b>	<b>40</b>	<b>3414</b>	<b>100,00%</b>			<b>40</b>	<b>2158</b>	<b>100,00%</b>
Bemerkungen: 48,6% 48,8% 20L, 19R+1FWG/ULK					20L, 20R			21L, 18R+1FWG/ULK				

Forts.: FB 7,9,13,14,16				FB 12,15			FB 8,17-20			Ergebnis der Auszählung nach dem neuen Bundeswahlrecht	
43,4%				37,8%			46,0%				
	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent		
GAFFA	10	385	21,92%	21	242	45,57%	8	314	19,48%	10	(-1)
RCDS	12	465	26,48%	3	45	8,47%	11	387	24,01%	9	(0)
Frauen	0	19	1,08%	1	15	2,82%	0	12	0,74%	0	(0)
DALi	0	12	0,68%	0	2	0,38%	0	10	0,62%	0	(0)
Jusos	6	268	15,26%	7	86	16,20%	8	314	19,48%	7	(-1)
L.S.D.	7	302	17,20%	5	63	11,86%	6	245	15,20%	6	(-1)
MSB	1	52	2,96%	1	22	4,14%	1	54	3,35%	1	(0)
SHI	0	20	1,14%	0	7	1,32%	0	10	0,62%	1	(+1)
EVA	1	60	3,42%	1	20	3,77%	1	45	2,79%	2	(+1)
UDS	3	125	7,12%	1	15	2,82%	3	121	7,51%	2	(0)
FWG/ULK	0	25	1,42%	0	3	0,56%	2	71	4,40%	1	(0)
RÖDÖ	0	23	1,31%	0	11	2,07%	0	29	1,80%	1	(+1)
	<b>40</b>	<b>1756</b>	<b>100,00%</b>	<b>40</b>	<b>531</b>	<b>100,00%</b>	<b>40</b>	<b>1612</b>	<b>100,00%</b>	<b>40</b>	
17L, 23R				29L, 10R+1Frauenliste			17L, 21R+ FWG/ULK			20L, 19R+1FWG/ULK	



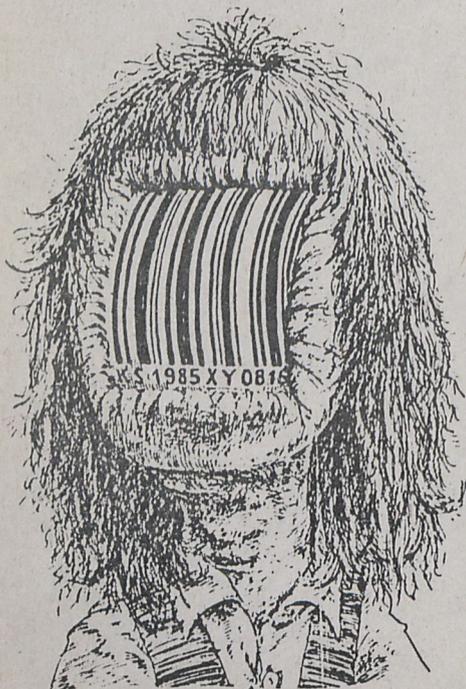
# Initiative gegen Volkszählung

Im Mai 1987 ist es so weit. Die weiße, gereinigte Volkszählung soll durchgezogen werden. Wir, d.h. die Initiatoren/-innen des Arbeitskreises Volkszählungsboykott sind der Meinung, daß wir sofort anfangen müssen, in die Öffentlichkeit zu gehen. Wir müssen klar machen, daß es nicht ausreichend ist, sich im stillen Kämmerlein Strategien gegen die Volkszählung zu überlegen, sondern: wir halten es für wichtig, sich jetzt schon zu Gruppen zusammen zu schließen um gemeinsam gegen die Volkszählung vorgehen zu können. Wir wollen noch vor Volkszählungsbeginn öffentlich bekanntgeben, daß wir boykottieren werden.

## TREFFEN DER INITIATIVEN ZUM VOLKS - ZÄHLUNGSBOYKOTT

Die Vorbereitungsgruppe trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 20 Uhr im  
FRIEDENSZENTRUM  
Bessunger Knabenschule  
Ludwighöhstr. 42  
6100 Darmstadt

Kontakt: Andrea 06163 5427  
Stefan 06151 61820  
Verantwortlich DFG/VK



6

*Maschinenlesbares  
Selbstbildnis...*

# Wohnen ABC

## Eigenbedarf

Der Begriff des Eigenbedarfs spielt eine wichtige Rolle bei der Kündigung durch den Vermieter. Er ist der wichtigste Unterfall des sog. "berechtigten Interesses", das vorliegen muß, um eine Kündigung durch den Vermieter wirksam werden zu lassen. Wichtig für den/die Mieter/in ist, daß in der Kündigung als Kündigungsgrund nicht nur der Begriff "Eigenbedarf" auftauchen muß, sondern daß der Vermieter diesen Begriff auch konkret belegen muß. Im Einzelfall ist es für jede/n Mieter/in natürlich schwierig herauszufinden, ob tatsächlich ein Eigenbedarf vorliegt. Wenn es nur nach dem Gesetz geht, liegt Eigenbedarf immer dann vor, wenn der Vermieter die Räume als Wohnung benötigt, und zwar

- für sich
- für die zu seinem Hausstand gehörenden Personen
- für seine Familienangehörigen

Der Vermieter muß also zunächst einmal die Wohnung benötigen, wobei es jedoch z.B. als Kündigungsgrund nicht ausreichend ist, wenn der Vermieter endlich aus seiner Mietwohnung ausziehen und in seinem Eigentum wohnen will. Er benötigt eine Wohnung nur dann, wenn seine bisherige Wohnung für die Familie zu klein geworden ist, ungünstig zum Arbeitsplatz liegt u.ä. Gleichzeitig muß sich die Wohnung, in die er einziehen will, besser eignen. Grund kann auch die Vergrößerung der Hausgemeinschaft des Vermieters durch Geburt eines Kindes, oder auch durch Zuzug eines/r Freundes/in, mit dem/der eine Lebensgemeinschaft begründet werden

soll. Dabei ist es jedoch nicht wichtig, ob etwa eine rechtsgültige Ehe besteht. Eine auf Dauer ausgelegte Beziehung, die von einer inneren Bindung getragen ist, reicht aus.

Weiterhin sind Eigenbedarfskündigungen zugunsten von Personen möglich, die zum Hausstand des Vermieters gehören, oder Familienangehörige sind, d.h. für Eltern, Kinder, Großeltern, Geschwister, aber auch Verlobte, Freund/Freundin.

Eigenbedarf liegt auch dann vor, wenn der Vermieter eine Hilfskraft einstellt, auf die er angewiesen ist. Dies kann z.B. ein/e Pfleger/in o.ä. sein.

Es ist dabei nicht erforderlich, daß für den Vermieter ein Notstand vorliegt. Er benötigt die Wohnung schon dann, wenn die Gründe, die er für die Kündigung anführt, erkennen lassen, daß sie von einigem Gewicht sind und gebilligt werden können. Ist der Vermieter z.B. schon im fortgeschrittenen Alter und alleinstehend, dann ist in aller Regel davon auszugehen, daß er einen Pfleger benötigt. Dabei wird allein auf die Interessen des Vermieters geachtet. Ob die Voraussetzungen zur Eigenbedarfsnutzung gegeben sind, muß das angerufene Gericht jeweils gesondert feststellen.

#### Einliegerwohnung

Von einer Einliegerwohnung spricht man immer dann, wenn der/die Mieter/in mit seinem Vermieter in einem Ein- oder Zweifamilienhaus wohnt. In einem solchen Fall gewährt der Gesetzgeber dem

Vermieter einen besonderen Schutz, der darauf hinausläuft, daß der Vermieter dem Mieter ohne weiteres kündigen kann, d.h. die Kündigung ist hier ohne die Angabe eines berechtigten Interesses möglich.

Zu beachten sind immer drei Voraussetzungen:

- der/die Mieter/in wohnt in einem Haus, in dem es nur zwei Wohnungen gibt
- der Vermieter selbst bewohnt eine von diesen beiden Wohnungen
- der Vermieter muß ausdrücklich erklären, daß er seine Kündigung nicht auf ein "berechtigtes Interesse" stützt

Bei diesen Voraussetzungen entsteht häufig Streit, z.B. wie der Begriff "Wohngebäude mit zwei Wohnungen" auszulegen ist. Existieren nämlich in einem 3-geschossigen Haus nur zwei Wohnungen und befinden sich im dritten Stock Geschäftsräume, so kann man nicht mehr von einem Zweifamilienhaus sprechen. Es muß eine typische Bauweise eines Ein- oder Zweifamilienhauses mit enger Tuchfühlung der Bewohner vorhanden sein.

Wenn vorher gesagt wurde, daß der Vermieter kein "berechtigtes Interesse" an einer Kündigung dartun muß, so bedeutet dies nicht, daß er die Kündigung nicht zu begründen braucht. Auch bei einer Einliegerwohnung muß sich der Vermieter auf einen bestimmten Kündigungsgrund berufen. Kündigt er z.B. mit der Begründung des Eigenbedarfs, so muß er wie bei einer normalen Kündigung die dafür vorliegenden Gründe anführen. Beruft er sich aber darauf, daß er seine Einliegerwohnung

zur Verfügung gestellt hat, so reicht dies in der Regel aus. Zum Schutz des/der Mieter/in wird dann aber die Kündigungsfrist um drei Monate verlängert. Außerdem muß sich der Vermieter entscheiden, warum er kündigt. Wählt

er den Weg über die "Einliegerwohnung", dann muß er in den Kündigungsbrief ausdrücklich hineinschreiben, daß er keinen Eigenbedarf geltend macht. Geht aus dem Kündigungsschreiben nicht hervor, welche Wahl er getroffen hat, so ist die Kündigung unbeachtlich.

---

## Schliessung des Meteorologieinstituts

Seit Dezember '86 steht es offenbar fest: das Institut für Meteorologie der TH Darmstadt soll geschlossen werden. Hintergrund dafür ist, daß der Institutsleiter (C4-Stelle) Ende 87 emeritiert wird und der Vertrag eines weiteren Professors zum gleichen Zeitpunkt ausläuft. Somit sind immerhin 50% der Professuren unbesetzt.

Zum Hergang der Ereignisse. Anfang 1986 kam von einem unserer Hochschullehrer die erste Information für die Student/inn/en, daß die Ausschreibung für die Neubesetzung der C4-Stelle im Herbst stattfinden müsste. Bei einem Treffen mit Präsident Böhme erfuhren wir, daß es für die Freigabe der Stelle nötig sei, dem Institut eine neue, sich von anderen Instituten für Meteorologie abhebende Richtung zu geben. Daraufhin wurde von den Student/inn/en ein Studienplan ausgearbeitet, der einen neuen Schwerpunkt auf die technische Meteorologie, mit Anwendungen in Ökologie und Umweltschutz legen sollte. Ausserdem sollte das Institut in größerem Maße als bisher interdisziplinäre Gesichtspunkte in Forschung und Lehre berücksichtigen. Die Professoren entwarfen einen Studienplan, der allerdings sehr stark an den alten angelegt war. Auf der Fachbereichsratsitzung im Mai 86 fand sich dann ein Kompromiss zwischen den beiden Entwürfen. Diese Version wurde an das Kultusministerium geschickt, um damit eine Freigabe der C4 Stelle zu bewirken. Im Dezember kam die Absage aus Wiesbaden mit der Begründung, daß es nicht zulässig wäre, den Studiengang Meteorologie an zwei Standorten in Hessen weiterhin zu betreiben, da die Anzahl der

Unsere Auffassung, daß durch die Umstrukturierung des Studienganges mehr Student/inn/en angesprochen würden, wird vom Kultusministerium nicht geteilt. Völlig vergessen wird offenbar, daß das Institut nicht ausschließlich ein Lehrbetrieb ist, sondern die Forschung einen mindestens genauso wichtigen Aspekt darstellt. Es wurde nun vorgeschrieben, daß ab 1987 keine neuen Student/inn/en mehr aufgenommen werden sollten.

Wir sehen in der Schließung unseres Instituts einen Präzedenzfall für andere kleine Institute, sowohl in Darmstadt (FB2) als auch an anderen Universitäten. Darüberhinaus bedeutet sie eine Beschneidung der Vielfalt im Angebot der THD. Für Informatiker/innen, Mathematiker/innen, Physiker/innen u.a. steht ein mögliches Nebenfach weniger zur Verfügung. Jedes meteorologische Institut in der BRD vertritt ein besonderes Spezialgebiet. Durch den Wegfall des Darmstädter Instituts werden die Wahlmöglichkeiten von Student/inn/en bzw. Assistent/inn/en eingengt. Der Schließung dürften in den nächsten Jahren extreme Mittelkürzungen vorausgehen. Insbesondere freiwerdende Stellen von wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen werden sicherlich nicht neu besetzt, und das bedeutet für uns, daß schon bald ein vollwertiges Studium nicht mehr gewährleistet sein wird.

Aus diesen Gründen fordern wir das Weiterbestehen unseres Instituts und hoffen auf breite Unterstützung. Gelegenheit dazu bietet sich bereits am 3.2., wenn die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Vera Rüdiger nach Darmstadt kommt. Die Fachschaft des FB 6 wird Genaueres noch bekannt geben.